

Extremismus-Erklärung schadet dem Kampf gegen Rechts

Mit der Extremismus-Erklärung stellt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder das Engagement gegen Rassismus und Rechts-Extremismus unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit. Damit spaltet sie den Widerstand gegen den Neofaschismus und arbeitet den Nazis in die Hände. Die Unterzeichnung der Extremismus-Erklärung wird von allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ abverlangt. Bevor mich aus den Bundesprogrammen geförderte Projekte gegen Rechtsextremismus als Rednerin einladen können, müssen sie sich erst beim

Verfassungsschutz kundig machen, ob ich womöglich einem angeblich extremistischen Flügel der Partei DIE LINKE angehöre. In einem solchen Fall müssten diese Projekte die Kooperation mit mir beenden, um nicht ihre Förderung zu verlieren.

Wer von den geförderten Projekten eine Überprüfung ihrer Kooperationspartner mit Hilfe des Verfassungsschutzes verlangt, will Antifaschistinnen und Antifaschisten zu Hilfsheriffs des Geheimdienstes machen. Dieser Knebel-Erlass ist ein finsterer Rückfall in Zeiten des Kalten Krieges und muss vom Tisch.

Digitale Verbraucherrechte stärken

Weder der gläserne Mensch noch geschöppte Kunden dürfen das Ergebnis der digitalen Welt sein. Mit Ratschlägen für Unternehmen und dem Wunsch nach Selbstregulierung der Wirtschaft ist es allerdings nicht getan. Bundesverbraucherministerin Aigner soll endlich handeln, statt Unternehmen Ratschläge zu erteilen.

Das Internet bietet viele Chancen. Doch die Vorteile frei zugänglicher Information und sozialer Interaktion dürfen nicht mit dem Ausbeuten privater Daten einhergehen. Wirksame Verbraucherpolitik in der digitalen Welt braucht neue Rechte, um die digitale Zukunft demokratisch gestalten zu können. Hierzu zählen digitale Selbstbestimmung, ein Verbot der Weitergabe per-

sönlicher Daten, Standorte und Profile an Dritte, wenn keine ausdrückliche Zustimmung vorliegt, sowie umfassende Informationsrechte über die von Unternehmen und Behörden gespeicherten Daten.

DIE LINKE fordert ein Recht auf Anonymität im Internet und Rechte zur Löschung eigener Daten sowie die Einführung eines Datenbriefes. Unternehmen und Behörden müssen verpflichtet sein, den Bürgern mitzuteilen, welche Daten über sie gespeichert sind. Ferner muss Kostenfallen im Internet ein Riegel vorgeschoben werden. DIE LINKE setzt sich daher für klare Preisangaben durch einen Internet-Button und wirksame Bußgelder ein."

Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros
finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 2

Februar 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

von Tunesien bis Jemen begehren die Bevölkerungen gegen ihre Herrscher auf und verlangen nach Arbeit und sozialer Gerechtigkeit, nach Freiheit und Demokratie. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung, Waffenlieferungen in den Nahen Osten sofort zu stoppen, und wünscht der demokratischen Protestbewegung Erfolg.

In den vergangenen Tagen hat DIE LINKE außerdem die Pläne der Bundesregierung für die Pflegeversicherung scharf kritisiert und als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag geschlossen gegen den Krieg in Afghanistan gestimmt.

Die jüngst beschlossene Steuervereinfachung, die nun von der Bundesregierung sogar als Entlastung verkauft wird, ist nichts weiter als eine Luftnummer. DIE LINKE fordert weiterhin die Veröffentlichung aller Futter- und Lebensmittel-Untersuchungen. Die Lehre aus dem Dioxin-Skandal muss sein: Verbraucher haben ein Recht zu erfahren, was wirklich im Essen steckt.

Frauenquote: ja oder nein? DIE LINKE fordert seit langem eine Mindestquote von 50 Prozent Frauen in allen Führungspositionen. Diese Quote für Führungspositionen hat aber nur dann Sinn, wenn sie mit der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern verbunden ist. Hartz IV - Reform?

bitte umblättern

Spruch des Monats

Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel [des Kapitalismus] loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert." **Albert Einstein**

TERMINE

12. Februar

Anti-Atom-Demo „Lubmin nix da“, Greifswald, Marktplatz

18. Februar

Die Konzeption von Fritz Naphtali – Gewerkschaftliche Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie? Veranstaltung des Marxistischen Forums, Referent: Florian Moritz, 15.00 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Konferenzraum 1

19. Februar

Demo „Dresden Nazifrei!“

20. Februar

Bürgerschaftswahl in Hamburg

5. und 6. März

Landesparteitag Brandenburg

9. bis 13. März

„Linke Medienakademie“, Berlin

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Noch immer verhandeln Union und FDP mit SPD und Grünen hinter verschlossenen Türen. Nachdem sich DIE LINKE erfolgreich in die Verhandlungsrunden eingeklagt hat, um ihnen auf die Finger zu schauen und Forderungen der Betroffenen zu übermit-

LINKE lässt Regelsatz nicht von Gabriel totschweigen

DIE LINKE hat ein Positionspapier und umfangreiche Materialien in die Diskussionen um Hartz IV eingebracht. Mit diesen Dokumenten hat DIE LINKE aufgezeigt, wie die Bundesregierung das Existenzminimum kleingerechnet hat – so ein gleichnamiger Bericht der Partei DIE LINKE.

Zudem hat DIE LINKE ausführlich dargelegt, dass sich bereits durch eine Korrektur zweier Eingriffe durch die Bundesregierung in die Ermittlung des Existenzminimums ein spürbar höherer Regelsatz ergibt. Im Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt im Auftrag der Fraktion DIE LINKE zu einem Regelsatz von 392 Euro. Dies ist das absolute Minimum für einen Regelsatz, der nicht offenkundig die Vorgaben des Verfassungsgerichts ignoriert. DIE LINKE verlangt darüber hinaus, Kürzungen im Regelsatz zurückzunehmen und die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. DIE LINKE akzeptiert nicht, dass Alkohol und Tabak, Gaststätten- oder Cafébesuche ebenso wenig als regelsatzrelevant anerkannt werden wie beispielsweise die Haltung eines Haustieres oder viele andere alltägliche Ausgaben. Leider haben weder SPD noch Grünen diese Ungerechtigkeiten kritisiert. Wird auf diese willkürlichen Kürzungen verzichtet, ergibt sich die Forderung der LINKEN nach einem Regelsatz in der Größenordnung von 500 Euro.

eln, wird nur noch in Spitzentreffen gekungelt. Für DIE LINKE ist deutlich: Das ist eine Verabredung zum Verfassungsbruch!

Es gibt viel zu tun -
Packen wir es gemeinsam an!

Viel Spaß beim Lesen! Diana Golze

Schließlich hat lediglich DIE LINKE darauf bestanden, dass die Regelsätze für die Kinder und Jugendlichen seriös ermittelt werden und bedarfsdeckend erhöht werden. Die Debatte um die Umsetzung des sogenannten Bildungspakets für die Kinder verschleiert, dass die regulären finanziellen Leistungen – für die kein zusätzlich diskriminierender Gutschein beantragt werden muss - völlig unzureichend sind.

Zu erwarten ist, dass auf diesem Basar die Interessen der Erwerbslosen und der Niedriglohnbeziehenden auf der Strecke bleiben: ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Hartz IV-Bedürftigkeit von Erwerbstätigen verhindern könnte, eine Gleichbehandlung von Leiharbeitern ab dem ersten Tag und erst recht eine spürbare Erhöhung des Regelsatzes für Erwachsene oder Kinder. Die Regierung verhandelt nur nach Kassenlage. Daher hat Sigmar Gabriel Recht, wenn er im Spiegel-Interview sagt: „Das Falsche will ich gerne verhindern.“

Dann wird es aber auch höchste Zeit über die Kernfrage wirklich zu verhandeln: Wie hoch muss der Regelsatz für Erwachsene und Kinder zukünftig ausfallen? Bisher haben Gabriel und die SPD – wie auch die Grünen – zu diesem Thema nämlich geschwiegen.

LINKE schlägt Beendigung des Afghanistankrieges durch Deutschland vor

Mit der Bombardierung Belgrads - einem völkerrechtswidrigen Krieg - bildete sich in Deutschland eine Kriegskoalition aus Union, SPD, FDP und Grünen. Sie stand auch beim Krieg in Afghanistan, der inzwischen über neun Jahre dauert. Laut einer aktuellen Umfrage sind 79 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik für den Abzug der Bundeswehr. Nur im Bundestag sind die Verhältnisse exakt umgekehrt. Terrorismus kann man nicht mit der höchsten Form des

Terrorismus - mit Krieg - bekämpfen. Nur DIE LINKE war und ist konsequent für die sofortige Beendigung des Krieges und den schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir wollen keine Verlängerung des Kriegsmandats, sondern endlich eine Erteilung eines Abzugsmandats. Am 28. Januar hat der Bundestag die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan beschlossen. DIE LINKE hat geschlossen mit Nein gestimmt.

Steuerluftnummer als Fortschritt verkauft

Was die Bundesregierung als Steuervereinfachung und sogar als Entlastung zu verkaufen versucht, ist nichts weiter als eine Luftnummer. Bestenfalls drei Euro im Monat beträgt die ‚Entlastung‘ durch die Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags auf 1.000 Euro, die von diesem Jahr an gelten soll. Stellt man dem die höheren Belastungen durch gestiegene Sozialbeiträge gegenüber, wird das Ganze für die Bürgerinnen und Bürger zu einem Minusgeschäft.

Nach Berechnungen des Neuen Verbands der Lohnsteuerhilfevereine (NVL) beträgt die Entlastung durch den höheren Arbeitnehmerpauschbetrag bei einem Jahresbruttogehalt von 30.000 Euro rund 25 Euro. Bei diesem Einkommen müssen jedoch 93 Euro mehr an Sozialbeiträgen abgeführt werden. Das hat mit einer Entlastung nichts zu tun. Wir brauchen endlich eine gerechtere Verteilung der Steuerlast. Die Bundesregierung

muss sich von ihrer Ideologie der Steuer-senkungen für Reiche verabschieden. Zahlreiche renommierte Volkswirte wie Michael Kumhof und Romain Ranciére vom IWF argumentieren, dass Einkommensungleichheit schädlich für eine Gesellschaft sein und eine Einkommensumverteilung zu mehr Stabilität führen kann. Die lässt sich aber nur durch einen entsprechenden Umbau des Steuersystems erreichen.

DIE LINKE hat hierfür Vorschläge unterbreitet: die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Reform von Erbschafts- und Einkommensteuer. Mit einem linear-progressiven Einkommensteuertarif wie wir ihn vorschlagen würden alle entlastet, die ein zu versteuerndes Einkommen von bis zu 70.245 Euro im Jahr haben – also die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter auch viele Facharbeiter.